



Antragsteller: DIE LINKE

Antragsdatum:
09. Januar 2017

Beratungsfolge:	Datum		Datum
☐ Dienstberatung Rathauspitze		☐ Umwelt	
☐ Haushalt und Finanzen		☒ Hauptausschuss	18.01.2017
☐ Recht, Sicherheit, Ordnung und Petitionen		☒ Stadtverordnetenversammlung	25.01.2017
☐ Wirtschaft, Bau und Verkehr		☐ Ortsbeiräte/Ortsbeirat	
☐ Bildung, Schule, Sport u. Kultur		☐ JHA	
☐ Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh.			

Antragsgegenstand:

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Cottbus zur Mitgliedschaft des Oberbürgermeisters bei „Mayors for Peace“

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister Holger Kelch wird beauftragt, mit seiner Mitgliedschaft bei der weltweiten Organisation „Mayors for Peace“ die Stadt Cottbus zu vertreten.

Unterschrift Antragsteller/in

Beschlussniederschrift:

Gremium: ☐ HA ☐ StVV

- ☐ einstimmig ☐ mit Stimmenmehrheit
☐ laut Antragsvorschlag
☐ mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: **TOP:**

Anzahl der **Ja**-Stimmen:

Anzahl der **Nein**-Stimmen:

Anzahl der **Stimmenthaltungen**

Begründung:

Im August 1945 wurden die Städte Hiroshima und Nagasaki durch den Abwurf von Atombomben innerhalb weniger Augenblicke in Aschewüsten verwandelt und tausende Menschen verloren ihr Leben. Damit sich solche Tragödien auf dieser Erde nie mehr wiederholen, wurde 1982 die weltweite Organisation „Mayors for Peace“ gegründet

Sie ist eine von den Vereinten Nationen anerkannte Nichtregierungsorganisation.

Nach den Angaben auf der Website <http://www.mayorsforpeace.de> sind bis jetzt weltweit 7.996 Städte und Gemeinden Mitglied, davon 474 aus Deutschland. Darunter Berlin, Dresden, Leipzig, Potsdam, Brandenburg an der Havel, Eisenhüttenstadt. Die Partnerstädte Montreuil, Lipezk und Kosice haben ebenfalls die Mitgliedschaft erklärt.

Die Bürgermeister für den Frieden führen derzeit die Kampagne „Vision 2020“ durch. Sie weist auf die Dringlichkeit der Abschaffung von Atomwaffen hin und will deren internationale Ächtung bis zum Jahr 2020 erreichen.

Auch heute sind es die Städte und dicht besiedelten Gebiete, die der Gefahr eines Einsatzes von Kernwaffen ausgesetzt sind. Deshalb müssen sich deren Bewohner/innen aktiv wehren.

Der Beitritt ist mit keinen finanziellen Verpflichtungen verbunden.